

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 8. Januar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. Januar 2025)

zum Thema:

Haushaltskürzungen

und **Antwort** vom 23. Januar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Januar 2025)

Senatsverwaltung für Finanzen

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21268

vom 08. Januar 2025

über: Haushaltskürzungen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Inwieweit besteht innerhalb des Senates von Berlin der Gedanke fort, eine „Flüchtlingsnotlage“ auszurufen – analog zur Ausrufung einer „nationalen Notlage“ –, da „der Bedarf an Unterkünften nicht abreißt“ ¹.
2. Wie genau sehen „Notlagen-Kredite zur Finanzierung der Flüchtlingskosten“ ² im Falle einer Flüchtlingsnotlage aus?

Zu 1. und 2.: Die Feststellung zum Vorliegen der Voraussetzungen einer Notlage nach § 2 Abs. 2 BerlSchuldenbremseG trifft das Abgeordnetenhaus.

3. Inwieweit konnte der Berliner Fachkräftemangel³ durch Migration behoben werden? Inwieweit konnte der Wohlstand⁴ des Landes Berlin durch Migration erhalten werden?

¹ Unterbringung von Schutzsuchenden: "Wir müssten eine Flüchtlingsnotlage ausrufen", rbb24, 27.10.2023, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/berlin-temeplhofer-feld-fluechtlingsunterkunft-kiziltepe-wohncontainer.html>

² Milliarden-Schock für Haushalt: Notfall-Kredite! So will Wegner die Flüchtlings-Kosten finanzieren, B.Z., 22.08.2024, <https://www.bz-berlin.de/berlin/wegner-fluechtlings-kosten-kredite>

³ Ebd.

⁴ Ebd.

Zu 3.: Laut Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit besitzen im Land Berlin 21,1 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) und 19,1 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden keine deutsche Staatsbürgerschaft. Von den SVB ohne deutsche Staatsbürgerschaft waren 41,4 Prozent als Fachkraft, 14,4 Prozent als Spezialistin oder Spezialist und 19,6 Prozent als Expertin oder Experte tätig. Dies sind allein 266.803 Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die als Fachkräfte, Spezialistinnen und Spezialisten oder Expertinnen und Experten im Land Berlin arbeiten (Stichtag 31.03.2024). Deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Migrationsgeschichte werden in der Beschäftigungsstatistik nicht gesondert erfasst und würden den Anteil entsprechend erhöhen. Daraus ergibt sich: Ein relevanter Anteil der Wertschöpfung und damit des Wohlstandes im Land Berlin wird durch Menschen mit Migrationsgeschichte erarbeitet.

4. Gibt es innerhalb des Senates Pläne, kurz- oder mittelfristig ein weiteres Sondervermögen zu errichten?

Zu 4.: Nein.

5. Die Berliner Zeitung schrieb im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt für 2025: „Einige Bereiche sind tabu, für andere wird eine kreative Lösung gesucht.“

Inwiefern trifft auf den Bereich Migration des Nachtragshaushaltes der Begriff „tabu“ zu? ⁵

Zu 5.: Das Abgeordnetenhaus hat mit dem 3. Nachtragshaushalt die notwendigen Kürzungen beschlossen.

6. „Geflüchtete sollen zunehmend gemeinsam mit Studierenden oder Auszubildenden untergebracht werden“. Weiter berichtet der rbb24 über die „Chance für mehr Integration bei solchen Wohnmodellen.“ ⁶

Welche Altersgruppe will der Senat zusammen mit „Studierenden oder Auszubildenden“ unterbringen? Denkt der Senat bei diesen Wohnmodellen auch daran, „Studierende oder Auszubildende“ mit Familien und Senioren unterzubringen?

Zu 6.: Die Zusammensetzung der Geflüchteten in einer Einrichtung wird jeweils von aktuellen Gegebenheiten und den konkreten standortbezogenen Planungen abhängen.

7. Welche Pläne gibt es innerhalb des Senates, einen „Abschiebegewahrsam“ ⁷ (zum Beispiel Tegel) einzurichten?

⁵ Berlin: Der Senat sperrt alle Gelder – für Flüchtlinge wird ein Schlupfloch gesucht, Berliner Zeitung, 01.10.2024, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/berlin-der-senat-sperrt-alle-gelder-fuer-fluechtlinge-wird-ein-schlupfloch-gesucht-li.2258941>

⁶ Machtkampf zwischen CDU und SPD Wie bringt Berlin in Zukunft Geflüchtete unter?, rbb24, 02.01.2025, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/01/berlin-gefluechtete-unterkunft-unterbringung-ausblick.html>

⁷ Ebd.

Zu 7.: In der Abschiebungshafteinrichtung für Gefährdeter Berlin (AHEG BE) sind maximal zehn Abschiebungshaftplätze vorgesehen. Für die Zeit der notwendigen baulichen Sanierung der AHEG BE stehen dem Land Berlin räumlich getrennte Abschiebehaftplätze im Gebäude der Sicherungsverwahrung in der JVA Tegel zur Verfügung. Eine mögliche Erweiterung von Kapazitäten befindet sich in der politischen Diskussion.

8. „Wir werden nicht 30, 40, 50 weitere Unterkünfte über das Stadtgebiet verteilen, weil auch dort keine vernünftige Integration stattfindet.“⁸

Für welchen langfristigen Weg hat sich der Senat hinsichtlich des Zusammenhanges Unterkunft-Integration entschieden?

Zu 8.: Im Rahmen des Nachtragshaushalts wurde in Bezug auf die Notunterbringung in den Hangars in Tempelhof sowie auf der Fläche P3 eine Verlängerung der Nutzung bis zum 30.06.2028 beschlossen. Darüber hinaus wurde beschlossen, neben dem derzeitigen Tempohome Columbiadamm eine weitere Gemeinschaftsunterkunft mit ca. 1.000 Plätzen zu errichten. Der Senat hat am 26.03.2024 die Verlängerung der Nutzung des Geländes der Ankunfts- und Notunterbringungseinrichtung (ANo TXL) bis zum 31.12.2025 verlängert. Derzeit finden Abstimmungen zu einer weiteren Verlängerung auf Fachebene statt.

Für die in der ANo TXL untergebrachten Geflüchteten ist die Integration aufgrund des schwierigen Zugangs zum Sozialraum nicht ideal. Es wurden auf dem Gelände des ANo TXL Beratungs- und Betreuungsangebote eingerichtet, die jedoch die Integration der Anzahl der dort untergebrachten Menschen (Stand 06.01.2024: 2.968 Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine / 1.105 Asylbegehrende) nicht vollständig gewährleisten können. Der Senat hat auch vor diesem Hintergrund am 14.06.2024 das WCD 2.0 Programm beschlossen. Der Hauptausschuss hat der Anmietung von insgesamt 13 Grundstücken für die Errichtung von anzumietenden bzw. anzukaufenden Wohncontaineranlagen am 27.11.2024 sowie am 11.12.2024 zugestimmt. Die Errichtung dieser dezentralen Gemeinschaftsunterkünfte beginnt nach derzeitiger Planung sukzessive ab dem Jahr 2025.

Darüber hinaus hat der Senat am 14.06.2024 die Erweiterung der Regelstruktur der Unterbringung von Geflüchteten an drei Standorten in Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf beschlossen. Um die Integration der Geflüchteten an diesen drei Standorten im Sozialraum zu unterstützen, wurden mit den benannten Bezirk Workshops zur Integration sozialer Infrastruktur durchgeführt.

Um die gesetzliche Aufgabe des LAF, die Verhinderung von Obdachlosigkeit von Asylbegehrenden und Geflüchteten, die nach § 22-24 in Berlin einen Aufenthaltstitel begehren, zu erfüllen, ist weiterhin die Erweiterung der Regelstruktur zur Unterbringung von Geflüchteten erforderlich.

⁸ Ebd.

Berlin, den 23. Januar 2025

In Vertretung

Wolfgang Schyrocki
Senatsverwaltung für Finanzen